

Gemäss der Zeitung "Schweiz am Sonntag" vom 30.03.2014 findet vom 07. bis und mit 09.05.2014 in Basel die "Europäische Harm Reduction Konferenz" statt, an welcher u.a. auch das Bundesamt für Gesundheit und der Kanton Basel-Stadt finanziell beteiligt sind und sich um die Organisation kümmern. Am Anlass wird u.a. auch über die Legalisierung von Cannabis in der Schweiz gesprochen - hierfür werden Vertreter aus dem US-Bundesstaat Colorado angehört, welche den Cannabis-Verkauf und Konsum seit anfangs Jahr legalisiert haben.

Als Gast wird offensichtlich auch der oberste Basler Stadtentwickler aus dem Präsidialdepartement, Thomas Kessler, teilnehmen. Dieser befürwortet die Legalisierung und hat ein Konzept entwickelt, welches an die Lösung des US-Bundesstaates Colorado anlehnt. Sein Modell will Thomas Kessler zudem auch der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen EKDF vorstellen.

Der Anfragende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso nimmt Thomas Kessler als Stadtentwickler an diesem Kongress teil, obschon dieses Dossier kaum dem Präsidialdepartement zugeschrieben werden kann?
2. Wurde er durch den Regierungsrat offiziell an diesen Anlass delegiert und wird er dafür entschädigt (Arbeitszeit, Honorar etc.)?
3. Stellt Thomas Kessler "sein" Modell der EDKF während der Arbeitszeit vor und wem rapportiert er im Anschluss über diesen Auftritt?
4. Ist für die Cannabis-Thematik im Kanton Basel-Stadt neu das Präsidialdepartement und nicht mehr das Gesundheitsdepartement zuständig?
5. Ist Thomas Kessler und die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung zu wenig ausgelastet und dadurch eine Teilnahme an einem für sein Departement themenfremden Anlass gerechtfertigt?
6. Thomas Kessler befürwortet die Legalisierung von Cannabis analog dem Modell "Colorado": Hat der Regierungsrat zu dieser Frage einen Grundsatzentscheid gefällt und sich ebenfalls für eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen? Falls ja, basierend auf welchen Grundlagen? Falls nein, weshalb kann Thomas Kessler dann diese Haltung öffentlich vertreten?
7. Teilt der Regierungsrat nicht auch die Meinung der allermeisten Experten und Psychologen, dass Cannabis die Einstiegsdroge Nr. 1 ist und langanhaltende und/oder permanente psychologische und traumatische Schäden die Folge davon sind?
8. Weshalb finanziert der Kanton Basel-Stadt solche Kongresse mit, obschon er weiss, dass eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Legalisierung von Cannabis ist?

Joël Thüring